



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,
am Donnerstag beschlossen die Innenminister der Länder sowie der Bundesinnenminister, weitere 10.000 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Das ist eine sehr erfreuliche Nachricht, denn es ist unsere christliche und humanitäre Pflicht, den Betroffenen dieses schrecklichen Bürgerkrieges zu helfen. Dennoch stellt sich die

Frage, ob ein reiches Land wie Deutschland nicht noch ein bisschen mehr tun und das bisherige Kontingent ein weiteres Mal heraufsetzen könnte.

Schön wäre es, wenn nun andere europäische Staaten diesem Beispiel folgen würden. Derzeit engagiert sich Deutschland in dieser Angelegenheit am stärksten von allen europäischen Ländern.

Auch in den Flüchtlingslagern in den Nachbarstaaten Syriens helfen wir mit 450 Millionen Euro.

Über die Sorgen des Handwerks habe ich mich bei der Frühjahrsversammlung der Handwerkskammer informiert. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen
Ihr
Martin Patzelt

Grundsatzrede bei der Handwerkskammer Frankfurt

In meinem Vortrag über „Die demografische Entwicklung und Auswirkungen auf das Handwerk“ bei der Handwerkskammer Frankfurt (Oder) Region Ostbrandenburg habe ich u.a. auf die Probleme bei der Übergabe von Familienbetrieben hingewiesen. Diese scheitert oft, weil man keine Nachfolger findet. Es fehlt an geeigneten Azubis, weil die Bewerber mangelhafte Schlüsselqualifikationen oder fehlende Schulabschlüsse aufweisen. Auch Motivation und Wertschätzung gegenüber Handwerksberufen lassen zu wünschen übrig.

Insgesamt leidet das Handwerk auch in den strukturschwachen Regionen mehr unter diesen internen Problemen, als denn an Aufträgen und Kapitalzufluss. Deshalb gilt es gerade den weniger werdenden jungen

Menschen durch frühzeitige Information, Motivation und Bindung als potentielle Azubis, Fachkräfte sowie als Betriebsnachfolger große Aufmerksamkeit zu schenken. Das kann z.B. durch Schülerpraktika, Ferienarbeit oder Stipendienvergabe mit Firmenbindung geschehen.

In jedem dritten Betrieb gibt es flexible Tages- und Wochenarbeitszeiten. 70 Prozent bieten Teilzeit. Während die Teilzeitquote bei Klein- und Mittelbetrieben 30 Prozent erreicht, schaffen Großbetriebe nur sieben Prozent.

Das Handwerk bietet interessante, anfordernde und nicht zuletzt zukunftssichernde Berufszweige, die familiäres Leben in der Heimat ermöglichen. Das eröffnet in dünn besiedelten Gebieten nicht nur dem Handwerk Chancen

zum Überleben, sondern auch den Regionen selber. Staatliche Leistungen für Familien (Elterngeld, Erziehungsurlaub, Kinderbetreuung) werden, wenn man die Statistiken befragt, durch Handwerksbetriebe stärker und flexibler genutzt und verkraftet. Das Handwerk ist hier der Industrie und Verwaltung weit voraus. Insofern erscheinen Handwerksbetriebe als wesentlich familienfreundlicher und damit auch sattelfester gegenüber demografischen Trends.

Überhaupt sollte man bei aller notwendigen Vorsorge angesichts der pessimistischen demografischen Prognosen nicht wie „das Kaninchen vor der Schlange“ erstarren, sondern ungenutzte Potentiale suchen.

Nr. 16/18. WP
13. Juni 2014

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro**Frankfurt (Oder)**

Anna Fabisch
Dr. Markus Zaplata
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Di + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro**Eisenhüttenstadt**

Helga Grune
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro**Beeskow**

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Informationsfahrt nach Berlin

In der letzten Woche konnte ich wieder eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Die jüngste Teilnehmerin war sechs Monate, der älteste Teilnehmer 74 Jahre alt. Dieses Miteinander der Generationen zu erleben, hat mich sehr gefreut. Passenderweise begann das Informationsprogramm auch im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hier der Brief einer Teilnehmerin aus der Seniorenunion:

Vielen Dank für die gelungene Fahrt in das

politische Berlin sage ich im Namen der Gruppe der Senioren aus der Seniorenunion. (...) Es hat uns schon beeindruckt, wie viel in den Jahren nach dem Mauerfall entstanden ist. Unglaublich! Erst abends auf der Reichstagskuppel wurde uns so richtig bewusst, wie schön unsere Bundeshauptstadt geworden ist. (...) Auffällig waren die vielen jungen Leute. Beeindruckend die erste Rede einer jungen Frau aus der Fraktion im Bundestag. Viele Fotos haben wir natürlich in der Bundesgeschäftsstelle ge-

macht, denn es ist nicht nur imposant sondern auch oft im Fernsehen zu sehen. Besonderen Dank an Herrn Patzelt. Er hat sich am Pfingstfreitag pünktlich und ohne Hektik die Zeit genommen unsere Fragen zu beantworten. Sowohl die jungen als auch die älteren Teilnehmer waren sehr beeindruckt, mit welcher Ehrlichkeit er uns gegenüber war.

Die nächste Fahrt nach Berlin findet am 25.08.2014 statt. Anmeldungen unter: 0335/27 62 94 36.

Presse- und Meinungsfreiheit ist Garant der Demokratie

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein universelles Menschenrecht. Jeder kennt das Recht auf Meinungs-, Informations-, und Pressefreiheit, dass in unserem Grundgesetz gesichert ist. Die Freiheit zu informieren und informiert zu werden, zeichnet demokratische Gesellschaften aus und bringt auf der anderen Seite auch Menschenrechtsverletzungen ans Tageslicht.

Dass dieses Recht in heutiger Zeit oft missachtet wird, ist für viele autoritäre und diktatorische Systeme festzustellen. Die Presse ist gefürchtet. Der Eingriff in die Pressefreiheit wird oft unter dem Vorwand nationaler Sicherheit eingeschränkt. Journalisten und Blog-

ger auf der ganzen Welt werden zu Opfern, inhaftiert, misshandelt, ermordet oder mindestens strafrechtlich belangt. Die Täter bleiben oftmals straflos. Reporter ohne Grenzen (ROG) berichten, dass in den mehr als drei Jahren des Syrien-Konflikts 150 professionelle Berichterstatter und freie Journalisten getötet, willkürlich festgenommen, verhaftet, gefoltert oder entführt worden sind. Syrien ist derzeit das gefährlichste Land der Welt für Journalisten. Die Situation in der Ukraine ist ein weiteres aktuelles Beispiel, wie willkürlich auf beiden Seiten mit Meinungs- und Pressefreiheit umgegangen wird: Prorusische Bürgerwehren entführen Journalisten, um sie mundtot zu ma-

chen oder Lösegelder zu erpressen. Radikale ukrainische Nationalisten handeln ähnlich.

Das Recht auf Wahrung und Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit ist daher auch aus aktuellem Anlass immer wieder einzufordern. So kann ich nur ausdrücklich das neueste Engagement des Europäischen Parlaments begrüßen. Dazu zählt, dass ein Gleichgewicht zwischen nationaler Sicherheit und der Informationsfreiheit da wieder hergestellt wird, wo es nicht mehr existiert. In Assoziierungsabkommen der EU mit Drittländern müssen klare Auflagen zur Presse- und Meinungsfreiheit vereinbart werden.